

Markt ohne Moral

Literaturbericht zum Thema der sozialen Ungleichheit

GERD IBEN

Prof. Dr. Gerd Iben war bis zu seiner Emeritierung Hochschullehrer für Sozial- und Sonderpädagogik an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Seine Arbeitsschwerpunkte waren Randgruppenarbeit, Armut, Wohnungsnot und ihre gesellschaftlichen Bedingungen, Sanierungs- und Förderkonzepte.
gr.iben@t-online.de

Trotz gute Wirtschaftslage in Deutschland bleibt die soziale Ungleichheit ein bedeutsames Thema. Ein Blick in die Literatur der letzten Jahre offenbart viele Fakten zur wachsenden Ungleichheit.

In jüngster Zeit wurde die »soziale Ungleichheit« häufig thematisiert. Die öffentliche Diskussion wurde durch eine Reihe von Untersuchungen und umfangreichen Abhandlungen angestoßen und fundiert (Oxfam, Wehler, Piketty, Stiglitz, Schmidt u. a.).

Seit über 50 Jahren haben wir uns mit der Armut in Projekten und Schriften befasst, dabei auch Wirtschaftstheorien und ethische Fragen einbezogen und eine frühe Kritik des Neoliberalismus entwickelt (Iben 1995/97), die auch in der neueren Literatur im Mittelpunkt steht. Eine zusammenfassende Darstellung der aktuellen umfangreichen Literatur zur »sozialen Ungleichheit« könnte für Praxis und Politik hilfreich sein, auch wenn an dieser Stelle nur eine Kurzfassung des Originalbeitrags möglich ist*.

Die krasse Auseinanderentwicklung der Einkommen und Vermögen begann in den 1980er Jahren nach einer Wiederaufbauphase mit relativer Gleichheit, die vom sogenannten »Rheinischen Kapitalismus« und der »Sozialen Marktwirtschaft« geprägt war. Der von Milton Friedman und den »Chicago Boys« kreierte »Monetarismus« und »Neoliberalismus« wurden mit Unterstützung von Reagan und Thatcher zur dominierenden Wirtschaftstheorie.

Der angeblich »freie Markt« sollte nicht durch Eingriffe des Staates gestört und der Staat selbst durch Privatisierung und »Deregulierung« geschwächt werden. Zwischen 1983 und 1986 kam es auch in der Bundesrepublik Deutschland zu starken Umverteilungen und Finanzkonzentrationen mit den meisten neuen Millionären und drei Billionen DM in privater Hand.

1. In »Markt ohne Moral« beschreibt Susanne Schmidt (die Tochter Helmut Schmidts) »das Versagen der internationalen Finanzelite«, zu der sie zwanzig Jahre als Bankerin gehörte und die sie zehn Jahre als Finanzjournalistin in London begleitete. Mit großer Detailkenntnis schildert sie die Entwicklung der Finanzwelt und wendet sich gegen das immer stärkere Denken in »Shareholder Value«, gegen die Finanzspekulation, die die letzte Wirtschaftskrise verursacht habe, gegen die mangelnde Bankenaufsicht und das fehlende ethische Denken. Große Gefahr drohe durch eine riesige Blase von »Credit Default Swaps«(besonders Derivate), durch eine enorme Geldschwemme und extreme Staatsverschuldung(S. 209).

2. Auch Hans-Ulrich Wehler schildert in einem umfangreichen Kapitel seiner »Deutschen Gesellschaftsgeschichte 1949-1990« (S. 108-215) die »Strukturbedingungen und Entwicklungsprozesse der wachsenden sozialen Ungleichheit«. Die Bundesrepublik habe eine »stabile Ungleichheitsstruktur« entwickelt, in der sich der Einkommensabstand zwischen Armen und anderen ständig vergrößere. Inzwischen besäßen die oberen zehn Prozent 50 Prozent aller Vermögen. Nach 1990 ist dieser Konzentrationsprozess, vor allem durch Erbschaften, weiter fortgeschritten. Als Elemente sozialer Ungleichheit nennt er: Gesundheit, Kriminalität, politische Teilhabe, Wohnbedingungen und Sozialräume.

3. Thomas Piketty sieht in »Das Kapital im 21. Jahrhundert« den Wiederaufstieg des Kapitals seit 1973

ebenfalls im Neoliberalismus begründet. Unter Reagan sanken die Spitzensteuersätze von 90 auf 28 Prozent. Auch in Europa wurde ab 1980 die Steuerlast von den Vermögen auf die Lohn-einkommen verlagert (S. 11 ff.). Die wachsenden Finanzvermögen und die »brutale Ungleichheit« bewirkten kaum ein Wirtschaftswachstum und störten den sozialen Frieden. An der riesigen Datenfülle Pikettys setzte manche Kritik an, doch sind seine Kernthesen kaum zu widerlegen. Er votiert für eine Beteiligung der Armen am Vermögen und für einen Wohlstand für alle.

4. Der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz bestätigt mit seinem »Preis der Ungleichheit – Wie die Spaltung unserer Gesellschaft die Zukunft bedroht« weitgehend die Aussagen Pikettys. Im Unterschied zu ihm vertritt er (auf 535 Seiten) einen dezidiert politischen Standpunkt und prangert Ungleichheit als Ungerechtigkeit und als ein Versagen des politischen Systems an. Als ein Beispiel nennt er die Immobilienkrise von 2007 und 2008, als Banken acht Millionen Hausbesitzer obdachlos machten, nachdem sie ihnen vorher leichtfertig zu hohe Kredite aufgedrängt hatten. Sie hätten sie zumindest als Mieter in ihren nun meist unverkäuflichen Häusern wohnen lassen können. Der unregulierte Markt, wie ihn die Neoliberalen vertreten, verdränge die Schwächeren und begünstige nur die Monopole und Superreichen. Große Steuersenkungen begünstigten die Superreichen und senkten die Steuereinnahmen um 18 Milliarden Dollar ohne jeden gesellschaftlichen Nutzen (S. 120/132). Stiglitz fordert einen »New Deal« für eine bessere Gesellschaft und formuliert eine Reihe von Systemänderungen, die auch für die Bundesrepublik relevant wären.

5. Unter dem Titel »Warum Nationen scheitern – Die Ursprünge von Macht, Wohlstand und Armut« untersuchten Daron Acemoglu und James A. Robinson in ihrem umfangreichen Werk von 2014 (608 Seiten) eine Vielzahl von Herrschafts- und Wirtschaftsformen in nahezu allen Kontinenten und Völkern. Die von ihnen als »inclusiv« bezeichneten Institutionen und Staaten sind hinreichend durch Mitbestimmung pluralistisch kontrolliert. Hingegen sind »extraktive« von einer kleinen Elite dik-

tatorisch gesteuert und meist ineffektiv und korrupt. Diese mit unzähligen Beispielen überzeugend belegten Thesen scheinen auch für die Auseinandersetzung mit sozialer Ungleichheit sehr bedeutsam, da sich Macht und Reichtum ebenfalls zunehmend der demokratischen Kontrolle entziehen.

6. Aspekte der Steuerpolitik: Im Folgenden werden einige Zeitschriften und Zeitungsartikel zitiert, die die Aktualität der referierten Werke belegen können. Sir Anthony Atkinson (Harvard) fordert in einem Interview: »Eine zivilisierte Gesellschaft braucht hohe Steuern« und kritisiert, dass ab den 1970er Jahren und verstärkt ab dem Jahr 2000 Steuern und Leistungen gesenkt wurden und durch kaum besteuerte Erbschaften Reichtum massiv konzentriert wurde (FR v. 21./22.11. 2015 S.14/15). Anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels in Davos 2016 beschreibt Daniel Baumann die immer extremere Vermögensungleich-

zahlen dafür Steuern. Mit den Erbschaften würden unfassbare Vermögen angehäuft und Hunderte von Unternehmen in wenigen Händen angesammelt. Diese ständig wachsende Ungleichheit schade der Demokratie und lasse viele an der Politik verzweifeln, was sich in Wahlenthaltungen niederschlägt (ZEIT-Magazin 11/2014, S. 13-22).

Was ist tun?

Unter Berufung auf Erich Fromm und andere haben wir in dem Aufsatz »Für eine neue Sozialetik« eine Reihe von Vorschlägen zusammengetragen (1995/97, S.23/29). Die damalige Kritik am Neoliberalismus durchzieht fast alle Beiträge zur »sozialen Ungleichheit«.

Stephan Schulmeister (Wien) schreibt: »Nur ein Kurswechsel – weg von neoliberalen Prinzipien, hin zur Stärkung von Realwirtschaft und Sozialstaat – kann Deutschland helfen und Europa aus der Krise führen.«

»Der freie Markt sollte nicht durch Eingriffe des Staates gestört werden«

heit, wodurch das reichste ein Prozent inzwischen mehr besitzt als der Rest der Menschheit (Global Wealth Data Book 2015). Die Vermögen der Milliardäre stiegen in nur fünf Jahren um 44 Prozent. Es ist kaum einzusehen, warum in der Bundesrepublik die Kapitaleinkünfte wesentlich geringer besteuert werden als Lohneinkünfte (FR v. 18.1.2016, S. 2/3). Auch Dieter Eißen begründet die aufgehende Schere zwischen Arm und Reich mit den Steuergeschenken, die den Spitzensteuersatz von 53 auf 42 Prozent und die Körperschaftssteuer von 45 auf 15 Prozent senkten. Seit dem Jahre 2000 habe der Staat so zugunsten von Unternehmen auf 480 Milliarden Euro verzichtet (Hessische Lehrerzeitung 1-2 2015, S. 14/15).

7. Erbschaften: In einem ausführlichen Aufsatz befasst sich Julia Friedrich mit der Ungleichheit der Erbschaften als »absolut leistungslose Angelegenheit«. Jährlich würden in Deutschland zwei bis vier Billionen Euro vererbt, soviel wie noch nie. Nur fünf Prozent der Erben

Der Vorrang von Markt vor Politik und von Konkurrenz vor Kooperation dominiere am stärksten in Deutschland. Mit Dumpinglöhnen wurden die Wettbewerbschancen auf Kosten der Südländer verbessert und riesige Finanzvermögen durch den Leistungsbilanzüberschuss angehäuft, die aber zu 53 Prozent bereits durch Bewertungsverluste und die Finanzkrise wieder verloren gegangen seien. Statt der sinnlosen Finanzanhäufung fordert er verstärkte Investitionen in das Bildungswesen, in die Umwelt und Infrastruktur und einen »New Deal« gegen Armut und Resignation (Erziehung und Wissenschaft 2/2015, S. 9/10).

Unter dem Titel: »Die Tugenden der Bürger kultivieren« nennt der amerikanische Philosoph Michael J. Sandel (Harvard) die soziale Ungleichheit eine riesige Herausforderung, auf die die Politik bisher kaum reagiert habe. Sie ruiniere den Bürgersinn, lasse die Kriminalität steigen, stelle alles zum Verkauf und schwäche den sozialen Zusammenhalt (FR v. 4./5.7.2015, S. 32/33).

Auch Holger Schmale fordert: »Reichtum gerechter verteilen«, denn Ungleichheit sei kein unumstößliches Naturgesetz. Die Flüchtlingsfrage sei auch eine Folge des riesigen Armutsgefälles zwischen Süd und Nord. Doch wie lässt sich »die Tendenz zum immer größeren Reichtum der westlichen Finanzmagnate auf Kosten des armen Teils der Welt umkehren?« Dazu könnten die umstrittene Transaktionssteuer und eine innovative Vermögenssteuer beitragen. Doch »der Unwillen der Regierenden, daran etwas zu ändern ... lasse an der Politik verzweifeln« (FR v. 3.2.2016, S. 11).

Die extreme Kapitalkonzentration verschiebt die Machtverhältnisse zugegunsten der Demokratie, droht mit ihrer mangelnden Kontrollierbarkeit große Wirtschaftskrisen auszulösen und stürzt weite Teile der Gesellschaft und der Völker in Armut, Resignation und in soziale Unruhen, bis hin zu unsteuerbaren Flucht- und Wanderungsbewegungen.

Davor die Augen zu verschließen, ist in hohem Maße fahrlässig. »Aber es besteht Grund zur Hoffnung, dass sich etwas ändert – aus der Erkenntnis, dass der Preis der weltweiten Ungleichheit ein Leben hinter Mauern und Stacheldraht wäre, nicht nur für die Armen, sondern auch für uns« (Brost/Schieritz in DIE ZEIT v. 4.2. 2016, S. 5). Die gegenwärtige politische Diskussion zur Flüchtlingskrise steuert massiv in diese Richtung, statt eine wirksame Gegensteuerung gegen Ungleichheit, Armut und Bürgerkriege durchzusetzen.

Von vielen Beiträgen und Autoren zum Thema der »sozialen Ungleichheit« wird eine ethische Neubesinnung als notwendig angesehen. »Eine sozialethische Bewegung muss dazu führen, dass die Sozialpflichtigkeit des Eigentums wieder ihr Gewicht bekommt, indem nicht mehr Reichtum mit hohem Status und Macht belohnt wird, sondern mit der Frage konfrontiert wird wie dient dieser Reichtum der Förderung Benachteiligter und wie weit trägt er zur sozialen Gerechtigkeit bei« (Iben 1997, S. 25).

* Eine Langfassung des vorstehenden Beitrags mit Literaturhinweisen kann kostenlos bei der Redaktion angefordert werden (E-Mail pfannendoerfer@nomos.de).

KiJuP-online.de

Das gesamte Recht der Kinder- und Jugendhilfe online



Das alles steckt im neuen Fachportal KiJuP-online.de



Frankfurter Kommentar SGB VIII
Kunkel
5. Auflage



BGB
Kemper Schreiber
Familienrecht
Band 4
2. Auflage



Gesamtkommentar SRB
Meier Rössner Trüg Wulf
Adoptionsrecht
2. Auflage



JGG
Meier Rössner Trüg Wulf
2. Auflage
Minderjährigkeitsrecht
Recht der Erziehung von 10/11 bis 18 Jahren
Rechtsprechung
Rechtsprechung
Andreae



Jugendamt
Kunkel
LPK-SGB VIII
DAS JUGENDAMT



Handbücher Kinder- und Jugendhilfrecht
Münster | Wiesner | Meysen
Meisen | Beckmann
Rechtsanspruch U3
Meisen | Beckmann | Reiß | Schindler
Recht der Finanzierung von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe
Hoffmann
Personensorge
Andrae
Internationales Familienrecht

<p>Gutachten zu Praxisfragen Themengutachten Themeneinführungen DIJuF-Rechtsgutachten</p>	<p>Kommentare Frankfurter Kommentar SGB VIII Kunkel LPK-SGB VIII DAS JUGENDAMT</p>	<p>Gesetze Annähernd 1.000 einschlägige Gesetze, Verordnungen und Durchführungsbestimmungen</p>
<p>Zeitschrift Gesetze Rechtsprechung</p>	<p>Familienrecht NK-BGB, Band 4: Familienrecht Familienverfahrensrecht Adoptionsrecht Gesamtkommentar Sozialrechtsberatung</p>	<p>Rechtsprechung 200.000 Entscheidungen im Volltext</p>
<p>Rechtsprechung</p>	<p>Minderjährigkeitsrecht Recht der Erziehung von 10/11 bis 18 Jahren Rechtsprechung</p>	<p>Meier Rössner Trüg Wulf Jugendarbeitsgesetz</p>

Jetzt 4 Wochen kostenfrei testen.

Überzeugen Sie sich von den qualitativ hochwertigen Inhalten und der einzigartigen, auf die Bedürfnisse der Praxis abgestimmten Zusammenstellung.
Weitere Informationen finden Sie unter
www.KiJuP-online.de oder persönlich bei:
Martin Bold | Tel. 07221/2104-34 | bold@nomos.de

Eine Kooperation von



DEUTSCHES INSTITUT
FÜR JUGENDHILFE UND
FAMILIENRECHT E.V.

DAS JUGENDAMT
Zeitung für Jugendhilfe und Familienrecht



beck-online
DIE DATENBANK



Nomos

114

Blätter der Wohlfahrtspflege

3 | 2016

https://doi.org/10.5771/0340-8574-2016-3-112 - Generiert durch IP 216.73.216.36, am 22.01.2026, 21:37:39. © Urheberrechtlich geschützter Inhalt. Ohne gesonderte Erlaubnis ist jede urheberrechtliche Nutzung untersagt, insbesondere die Nutzung des Inhalts im Zusammenhang mit, für oder in AI-Systemen, AI-Modellen oder Generativen Sprachmodellen.